

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 M. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einpaltige Zeile
45 Pfg., im Restanetel 1.50 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 49

Donnerstag, den 18. Dezember 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Die Geldschränke des Herzogs. Das Berliner Tageblatt meldet aus Gotha, daß die Gothaer Volksbeauftragten die dem Herzog gehörigen Geldschränke gewaltfam öffnen lassen und die darin befindlichen Werte dem Staatsvermögen einverleibt haben. Die bevollmächtigten herzoglichen Agenten hatten die Herausgabe der Schlüssel zu den Geldschränken verweigert. Darauf ließen die Volksbeauftragten die Schränke durch einen Schlosser öffnen.

Neue Parteizeitung. Die Genossen des Saargebietes verfügen seit dem 6. Dezember d. J. über eine eigene Parteizeitung, die sie Freiheit nannten. Sie erscheint zunächst wöchentlich einmal Sonnabends und zwar in Saarbrücken. Wir begrüßen das neue Blatt und hoffen, daß es bald täglich erscheinen werde.

Wahlerfolg der U. S. P. Die Stadtverordnetenwahlen in Krefeld brachten unserer Partei einen schönen Erfolg, den die Abhängigen zu bezaubern hatten. Es erhielten: Zentrum 29, U. S. P. 13, Rechtssozialisten 12 und Bürgerblock 12 Mandate. Auch in den schwärzesten deutschen Nestern also wird es allmählich helle!

Bethmanns Erzählungen. Herr Bethmann Hollweg sieht sich im eigenen Interesse veranlaßt, den kaiserlichen Randbemerkungen, die jetzt durch die Altentveröffentlichung ans Licht kommen, „jede politische Bedeutung“ abzuspülen. Im eigenen Interesse, denn einmal wird er in diesen Bemerkungen von Wilhelm wie ein Schuhputzer behandelt und außerdem weisen sie die grenzenlose Gewissenlosigkeit und Dummheit nach, mit der Wilhelm und seine Handlanger in den Krieg hineingetauscht sind. Die Beteuerungen Bethmanns wären deshalb von vornherein von wenig Wert, selbst wenn sie nur halb so nichtsagend wären, als sie es sind.

Die deutsche Kohlenproduktion. Gegenüber einer in linksrheinischen Zeitungen verbreiteten Nachricht, daß die deutsche Kohlenförderung wieder die gleiche Höhe wie vor dem Kriege erreicht habe, wird dem Volkswirtschaftlichen Bureau von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die deutsche Steinkohlenförderung heute rund 67 Prozent der durchschnittlichen Förderung von 1913 betrage.

Was ist Wahrheit? Eine Korrespondenz meldete, die angeklagte Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit werde nicht erfolgen. Von „zuständiger Stelle“ wird demgegenüber behauptet, der Gesetzentwurf über die Aufhebung sei schon fertig gestellt.

Stundung der Zinsen. Daily Chronicle meldet aus Newyork, die Regierung der Vereinigten Staaten habe beschlossen, den Alliierten einen Aufschub der Zahlung der dreijährigen Zinsen auf die 2 Milliarden Pfund Sterling zu bewilligen, die sie ihnen während des Krieges geliehen hat.

Die französischen Gemeinderatswahlen. Die Gemeinderatswahlen in Frankreich sind nunmehr vollständig erledigt. Das Ergebnis war für die Sozialisten weit besser als das der Kammerwahlen. Zahlreiche große Provinzstädte haben nunmehr eine absolute sozialistische Mehrheit, so z. B. Lyon, Lille, Troyes, Périgueux und Grenoble. In den meisten dieser Städte wird ein Sozialdemokrat zum Bürgermeister gewählt werden, so der Abgeordnete Delory in Lille und der Abgeordnete Moutey in Lyon. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß in zahlreichen Städten, namentlich bei der Stichwahl, die Sozialisten mit der bürgerlichen Linken gemeinsame Listen aufstellten, obgleich der französische Parteivorstand diese Verbindungen bei den allgemeinen Kammerwahlen vom 15. November aus Gründen des reinen Klassenkampfes streng verboten hatte.

Politifizierung der Schweizer Gewerkschaften. Auch in der Schweiz werden die Gewerkschaften allmählich durch die wirtschaftliche Situation und die wachsende Radikalisierung der Arbeitermassen gezwungen, aus ihrer parteipolitischen Neutralität herauszutreten. Wie das Züricher Volksrecht mittel, beschloß sich am 6. Dezember der Arbeiterkongreß des Kantons Genf mit dieser Frage. 162 Delegierte nahmen in Vertretung von 65 Organisationen daran teil. Nach einer lebhaften Diskussion über die Zweckmäßigkeit der Teilnahme der Gewerkschaften an den politischen Kämpfen wurde der Vorschlag des Komitees, wonach die politische Neutralität der Gewerkschaften aufgegeben werden müsse, mit 107 gegen eine Stimme und etwa 60 Stimmenthaltungen angenommen.

Freigabe der österreichischen Kriegsgefangenen. Der österreichische Vertreter in Paris hat in einer Note vom 8. Dezember bei der französischen Regierung die Befreiung der österreichischen Kriegsgefangenen erbeten.

In einer zwei Tage später datierten Note teilte der französische Ministerpräsident mit, daß die Regierung entschieden habe, diese Maßnahme zugunsten der österreichischen Gefangenen zu treffen, und ihre Befreiung noch vor Inkrafttreten des Friedensvertrags zu genehmigen. Den französischen Behörden wurden Anweisungen erteilt, die Heimführung der Kriegsgefangenen so rasch wie möglich zu beginnen.

Englische Militärlasten. Der Armeehaushalt steigt 400 bis 406 Millionen Pfund Sterling Ausgaben vor. Unter den Fahnen befinden sich 952 000 Mann, davon 403 000 bei der Rheinarmee. Man glaubt, bis zum Ende März 1920 ihre Zahl auf 325 000 Mann herabsetzen zu können. Der Unterhalt der Besatzungsarmee wird auf 153 Millionen Pfund Sterling veranschlagt.

Die Stellung der U. S. P. zu den Gewerkschaften

Von Robert Ditzmann.

Die Frage der Bedeutung der Gewerkschaften im proletarischen Befreiungskampf war in früheren Jahrzehnten innerhalb der Sozialdemokratischen Partei lange Zeit hindurch umstritten. Der Notwendigkeit der Gewerkschaften für die Arbeiterklasse wurde nicht bestritten, sondern die Auseinandersetzungen drehten sich um die Wertung und die Frage, welche Rolle den Gewerkschaften in der Gesamtarbeiterbewegung zukommt. Der Mannheimer Parteitag im Jahre 1906 erfaßte die sich vollzogene Entwicklung durch die einmütige Niederlegung folgenden Beschlusses:

„Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig, wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und gegenseitiges Zusammenwirken angewiesen.“

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitslichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.“

Den vor 13 Jahren gefaßten Beschluß heute unsern Genossen ins Gedächtnis zurückzurufen, ist nach mehr denn einer Seite hin von Wert. Die Zeiten selbst haben sich seit Mannheim geändert. Doch der Kern der Mannheimer Resolution gilt heute mehr denn je zuvor. Die freien Gewerkschaften, die 1906 nur einen geringen Bruchteil der Arbeiter erfaßten, zählen jetzt über 6½ Millionen Mitglieder, haben heute in einer Reihe von Berufen den weitaus größten Teil der darin beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen vereinigt. Nicht ohne, sondern nur mit den Gewerkschaften (d. h. der in den Gewerkschaften vereinigten Mitglieder) ist die Revolution siegreich durchzuführen. Das erkennt auch das auf dem Leipziger Parteitag angenommene Aktionsprogramm durchaus an, indem es unter Hinweis auf die Eroberung der politischen Macht sagt:

„Zur Durchführung dieses Kampfes bedarf die Arbeiterklasse der Unabhängigen Sozialdemokratie, die rückhaltlos auf dem Boden des revolutionären Sozialismus steht, der Gewerkschaften, die sich zum unverfälschten proletarischen Klassenkampf bekennen und zu Kampforganisationen der sozialen Revolution umzugestalten sind, und des revolutionären Räteystems, das die Arbeiter zum revolutionären Handeln zusammenfaßt.“

Wollen wir im Sinne der Parteitagebeschlüsse wirken, muß unser Wirken innerhalb der Gewerkschaften in diesem Sinne eingestellt werden. Soll aber unsere Tätigkeit in den Gewerkschaften von Erfolg sein, muß die Stellung der U. S. P. zu den Gewerkschaften klar und ungeweiht in die Erscheinung treten. Das gilt in erster Linie von unserer Stellung zu den syndikalistischen Organisationen resp. gegenüber allen Organisationsgebilden, die sich von den freien Gewerkschaften gelöst haben und letztere nun aufs heftigste bekämpfen. Wir haben die ungeheuren Schäden, die dem Proletariat durch die verwerbliche Haltung und Politik der seit her maßgebenden Gewerkschaftsbürokratie während des Krieges, wie im ersten Revolutionsjahr erwachsen sind, oft und scharf genug dargelegt. Sollen aber diese Schäden ausgemerzt werden, und wollen wir die Gewerkschaften auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes zurückführen, dann kann dies nicht geschehen durch eine Zerreißung der Gewerkschaften, sondern der Kampf muß innerhalb der Gewerkschaften aufgenommen und durchgeführt werden. Zur Umgestaltung der Gewerkschaften im revolutionären Sinne gehört, daß die Massen der Gewerkschaftsmitglieder in Geist und Willen auf diesen Prozeß eingestellt werden. Ohne die Massen ist dies Ziel nicht zu erreichen. Wie aber gewinnen wir die Massen? Wer glaubt, daß diese durch eine Loslösung von den heutigen Gewerkschaften leichter möglich wäre, täuscht sich gewaltig. Die Arbeiter sind mit ihren Gewerkschaften verwachsen, sie betrachten dieselben als ihre Heimstätte, als die Organisation, die sie im Tageskampf mit dem Unternehmertum schütz und schirmt. Mit Recht sehen die Gewerkschaftsmitglieder ihre Organisation als ein Kleinod an, dessen leichtfertige Zerreißung ein Frevel wäre. Bedingen doch die Interessen der Arbeiterklasse eine geschlossene Kampfesfront gegenüber dem Unternehmertum, das mit jedem

Tage übermütiger sein Haupt erhebt. Wer die Art legt an die Geschlossenheit der Gewerkschaftsorganisationen, diese zerreißt und zu Neugründungen schreitet, der gerät in offenen Gegensatz und Kampf zur Masse der Gewerkschaftsmitglieder selbst und wird damit diese ihm nun gegenüberstehenden Massen nicht für seine Idee gewinnen, sondern von sich abstoßen. Unser Revolutionsparteitag im März d. Js. nahm in richtiger Erkenntnis der Dinge einmütig eine Resolution zur Gewerkschaftsfrage an, die es als Pflicht der Gewerkschaftsmitglieder bezeichnet, die Schäden innerhalb der Gewerkschaften zu beseitigen und letztere zurückzuführen auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes. Jener Beschluß weist die Mitglieder der U. S. P. ferner auf die Notwendigkeit hin, sich in den Gewerkschaften zu betätigen und erklärt:

„Nicht durch den Austritt aus den Gewerkschaften, sondern durch unsere Mitarbeit innerhalb derselben werden die Gewerkschaften auf den Boden der Revolution gebracht, in Wesen und Inhalt zurückgeführt zum proletarischen Klassenkampf.“

Der Leipziger Parteitag hat diesen Beschluß erneut bestätigt. Die U. S. P. muß diesen Standpunkt konsequent vertreten und hochhalten. Das gilt für alle Mitglieder der Partei und ihre einzelnen Mitglieder. Jede Zweideutigkeit führt uns auf falsche Wege und gereicht der Sache selbst nur zum Schaden. Mit Recht wurde jener Brief zurückgewiesen, und später von der Parteizentrale desavouiert, der vor einigen Monaten von einem einzelnen Mitglied der Parteizentrale der U. S. P. an W. Kneupper, Gelsenkirchen, gerichtet wurde und der dem neugegründeten Walz- und Hüttenarbeiterverband Unterstützung zusicherte, der neuen Organisation (eine Abspaltung von den freien Gewerkschaften) ratend, sich „vorläufig der Zentrale für Betriebsräte, Halle, anzuschließen.“ In der Frage der Gewerkschaften kann es keine Zweideutigkeit geben, wollen wir nicht auf eine schiefe Ebene geraten. Aus diesen Erwägungen bedauere ich auch den Beschluß der Reichskonferenz der Betriebsräte in Halle (24. und 25. 10. d. Js.) der zwar bejaht, daß nicht die Folgerung des Einzelaustritts aus den Organisationen gezogen werden dürfe, später aber fortfährt:

„Bei Differenzen in den einzelnen Gewerkschaften, wo oppositionellen Gruppen es unmöglich gemacht wird, in der Gewerkschaft zu verbleiben, ist die Mitwirkung der Zentralfstelle (Betriebsräte) anzurufen.“

Ein Unterschied zwischen Einzel- und Gruppenaustritten kann und darf nicht gemacht werden. Und im ureigensten Interesse einer gesunden Rätepropaganda wie der Räte selbst liegt es, wenn letztere strikte ablehnen, den Gedanken eines Austritts aus den Gewerkschaften (auch unter der Umschreibung eines „unmöglichen“ Verbleibens in den Gewerkschaften) auch nur irgendwie zu nähern. Soweit bisher Abspaltungen von den freien Gewerkschaften vorliegen, Arbeiter-Union, Betriebsorganisationen (nicht zu verwechseln mit den Betriebsräten) oder anderen syndikalistischen und kommunistischen Gebilden, müssen wir denselben die Anerkennung als Gewerkschaften versagen und uns bemühen, die betreffenden Mitglieder wieder den freien Gewerkschaften zuzuführen. Letzteres kann unter vermittelnder Mitwirkung der Organisationsleitungen der U. S. P. geschehen, soweit unser Einfluß reicht.

Und nun ein Wort zur Umgestaltung und Reform in den Gewerkschaften selbst. Es ist falsch, den Gewerkschaften von außen — sei es von der Partei oder der Zentrale der Betriebsräte usw. — ein Programm in Einzelheiten aufstellen zu wollen. Das wird den Kampf der Opposition in den Gewerkschaften — und dieser Kampf ist wahrlich nicht leicht — nur erschweren. Hat die Opposition in den Gewerkschaften die Kraft zur Umgestaltung erlangt, wird sie die Reformen ohne „Bevormundung“ von anderen Stellen sicher und konsequent ihrem Ziele zuführen, so wie es im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder wie des revolutionären Kampfes liegt.

Für grundsätzliche halte ich es ferner, wenn man jetzt dabei ist, den Gewerkschaften die Funktionen im späteren Sozialisierungsprozeß zuzuweisen, wie dies kürzlich in zwei Artikeln über Rätegedanke und Gewerkschaftstaktik von E. D. in der Freiheit zum Ausdruck kam. Der Genosse E. D. will den Gewerkschaften in ihrer heutigen Form die Wahrnehmung der Interessen der Gewerkschaftsmitglieder im Lohn- und Arbeitsverhältnis zugestehen. Aber — so sagt er weiter — für die Ueberwachung und spätere Uebernahme des Produktionsprozesses können sie (die Gewerkschaften) nicht in Frage kommen, ebensowenig aber auch für die Führung und Leitung von Kämpfen, die das Proletariat über die beruflichen Lohnkämpfe hinaus um die wirtschaftliche und politische Macht führen muß.“ Ist der Umstellungsprozeß der Gewerkschaften vollzogen, so überweist ihnen Genosse E. D. im Rahmen des Räteystems Aufgaben der Statistik, Registrierung, Kontrolle der Lebenshaltung u. a. Glaubt man wirklich ernsthaft, die Gewerkschaften, die heute wie keine andere Körperschaft die Massen des Proletariats in fester, organisatorischer Verbindung erfaßt hat, mit der Zuweisung untergeordneter Funktionen für eine volle Einbeziehung im revolutionären Kampf begeistern und vorwärts treiben zu können? Das Gegenteil würde natürlich erreicht. Gleich der politischen Partei und den Räten sind die Gewerkschaften ein voll- und gleichwertiges Kampforgan im revolutionären Ringen, die sich weder bei der Führung und Leitung von Kämpfen ausschalten lassen noch im Sozialisierungsprozeß mit untergeordneten Funktionen be-

schieden. Wer das Wesen der Gewerkschaften wirklich kennt und ihren Einfluß auf die Arbeitermassen richtig einzuschätzen weiß, der wird sich über die entscheidende Bedeutung der Gewerkschaften keinen Augenblick im Unklaren sein. Nicht über den Gewerkschaften befinden sich andere Kampfgebilde, die den Gewerkschaften ihre Aufgabe zuweisen, sondern Partei, Gewerkschaften und Räte haben jede ihre besonderen Aufgaben, gelten als gleichberechtigt und haben Hand in Hand im gemeinsamen schweren Ringen die entscheidenden Schlachten zu schlagen, wobei allen Gliedern im gemeinsamen Kampfe die Funktionen zufallen, die ihnen gebühren.

Die erste revolutionäre Arbeit ist die Revolutionierung der Köpfe der Arbeitermassen. Gewinnen wir die 6½ Millionen freier Gewerkschaftler in ihrer überwiegenden Mehrheit, so bedeutet das eine gewonnene Schlacht. Diese Arbeit ist hart und schwer. Doch es winkt der Erfolg. Breche ist geschlagen. Vorwärts auf der betretenen Bahn in unermüdlicher Arbeit. So dienen wir der Revolution und damit dem Proletariat.

Politische Rundschau

Deutschland

Deutschnationale Opposition

Die Beratung des Staatshaushaltsplanes für 1919 ist jetzt in der Preussischen Landesversammlung bis zur dritten Lesung gebrochen. Sie wird mit aller Gewalt durchgepeitscht — nicht weil das Jahr fast zu Ende ist, auch nicht, weil viel davon abhängt, sondern weil die Herren Gesetzgeber noch in die Weihnachtsferien gehen möchten. Es ist auch in der Tat herzlich gleichgültig, was zum Etat beschlossen und beredet wird, denn er ist weiter nichts, als ein Ablatsch der alten, von der wilhelminischen Regierung benutzten Schablone. Das Papier, die Zeit und die Karten, die für eine mehrmonatliche Arbeit aufgewendet worden sind, sind glatt vergeudet worden, sind eine Verschwendung, die wir uns in unserer Lage nicht gestatten dürfen.

Die Deutschnationalen benutzten die mit der dritten Lesung verbundene allgemeinerpolitische Aussprache zu einem scharfen Vorstoß gegen die Regierung. Was der Redner dieser Partei, der ehemalige preussische Finanzminister Hergt zu ihrer oppositionellen Haltung begründend und rechtfertigend ausführte, ist in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Er benutzte alle die Argumente, die seine Parteifreunde früher der Sozialdemokratie aufs äußerste verargt haben. Er bot aber auch mit seinen heftigen Angriffen auf die jetzige Regierung kostbare Angriffsflächen gegen die alte, der er selbst angehört hatte. Hergt's Rede bietet soviel Stoff, daß wir daraus einen größeren Auszug bringen müssen.

„Wir können der gegenwärtigen Regierung kein Vertrauensvotum aussprechen. Deshalb lehnen wir den Etat ab. Die preussische Regierung ist ein Teil jenes Systems, unter dessen Mißwirtschaft wir stehen; sie ist der Reichsregierung gegenüber schwach und einflußlos gewesen.“

Indem wir den Etat ablehnen, wollen wir keineswegs dem Lande vorenthalten, was es braucht. Wir sind auch bereit, wenn es gegen den inneren Feind, gegen links geht, uns hinter die Regierung zu stellen. Wir sind zu erster Mitarbeit bereit, aber unsere Aufgabe als Oppositionspartei ist es, dafür zu sorgen, daß nichts Dummes geschieht. Früher waren Bundesrat und Herrenhaus da, um übereilte Beschlüsse zu verhindern. Heute wissen die Parlamente häufig garnicht, was sie in aller Hast beschließen. Wir haben positive Vorschläge gemacht, wie aus dem Elend herauszukommen sei. Wir verlangen dafür Verzicht auf die heutige Art der Erwerbslosenfürsorge, Verzicht auf die Betriebsräte und auf Sozialisierungsexperimente.

Sie haben die Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft dem gesamten Bürgertum gegenübergestellt. Sie wollen den Klassenkampf verewigen und sind damit um Jahrzehnte zurückgeschritten. Sie haben die ganze neue Zeit verschlafen. (Stürmische Heiterkeit). Die Deutschnationale Volkspartei steht auf dem Boden

des allgemeinen, gleichen wie geheimen Wahlrechts heute und für alle Zeit (Erneute Heiterkeit). Wir wollen keine reaktionäre Monarchie, sondern eine soziale Volksmonarchie. Dafür würde das Volk schon jetzt zu haben sein. Eine Regierung ist nicht bloß für ihre eigene Regierungszeit verantwortlich, sondern auch für das, was nachfolgt (Langanhaltende Unterbrechung. Ad. Hoffmann: Jawohl, das merken Sie sich mal.) — Wir fordern Volksaufklärung über die Finanzlage, über die Steuerpolitik, über die Ernährungslage. Vieber wollen wir das ganze Elend klar vor Augen sehen, als uns einem unangebrachten Optimismus hinzugeben. (Zuruf: Wie Sie es gemacht haben?) — Preußen muß seine Interessen dem Reich gegenüber wahren, es ist aber ganz in den Hintergrund gedrängt. Den Belagerungszustand hat die preussische Regierung auf Drängen des Reichs aufheben müssen, obwohl er heute nötiger ist denn je (Heftige Widerspruch links). In den Steuerfragen durfte sie sich nicht auf einen formalen Protest beschränken. Die Verkehrsperre war ein Unfug, den sie sich nicht aufnötigen lassen durfte und der Uebernahme der Sicherheitswehr auf das Reich sollte sie sich widersetzen. — Preußens Selbstständigkeit muß gestärkt werden. Es darf nicht Reichsland werden, während die anderen Bundesstaaten bestehen bleiben. Mit den Einheitsstaatsbestrebungen besorgen Sie nur die Geschäfte der Entente. Die Anhänger des Gedankens vom Einheitsstaat in meiner Partei wollen dessen Verwirklichung nur unter einem deutschen Kaiser. (Lurche.) Der preussische Geist muß erhalten bleiben, er wird zur Wiederverneuerung des Reichs führen. (Langanh. Beifall rechts u. a. d. Tribünen). (Zischen links). Minister Südekum erwiderte insbesondere auf den Vorwurf, nicht die Interessen Preußens vertreten und einem unangebrachten Optimismus das Wort geredet zu haben. Die Aufklärung, die Hergt mit einmal als Oppositionsmann fordere, werde dem Volke zuteil. Er unterstreiche, daß eine Regierung auch für die Zukunft verantwortlich sei. Gerade daraus ergebe sich, daß die Regierung, der Herr Hergt angehöre, an den jetzigen Zuständen und an der Revolution Schuld sei. Die Gefahren von links erschienen ihm genau so drohend und groß, wie die von rechts. Ein Finanzminister werde selbst bei Anspannung der ganzen Steuerkraft nicht auskommen, denn die Lasten, die uns durch den Friedensvertrag noch bevorstehen, werden ungeheuer sein. (Zuruf: Durch die Revolution.) Nein, durch Ihre verfehlte Politik. (Stürm. Zustimmung.) Unsere Volkswirtschaft verfügt noch über eine Reihe von Quellen, die, wenn sie erschlossen werden, uns sehr viel weiter helfen können.

Die Justiz gegen Arbeiterräte

Wegen Beleidigung des Landrats des Kreises Weissenfels wurde unser Genosse Bezirkssekretär Alfred Delsner in Halle zu einem Monat Haft, zwei andere Angeklagte zu Geldstrafen von je 300 Mark verurteilt. Die fasssam als reaktionär bekannte Strafkammer des Landgerichts Naumburg fällt das Urteil. In einer Sitzung des mittleren Rates des Weissenfeler Arbeiterrates sollten die Angeklagten, als die Tatsache bekannt wurde, daß der Landrat unter der Hand für 100 000 M. den Obstanhang der Kreisstraßen vor der Baumbüte verpachtete, gefagt haben, er möge seine Geschäfte nicht als Kriegswucherer der Rittersgutsbesitzer, sondern als Landrat führen. Der Staatsanwalt erhob Anklage im öffentlichen Interesse und ermöglichte so dem Landrat vor Gericht die Aussage als Zeuge. Der Herr benutzte die Gelegenheit, eine scharfe Attacke gegen die Unabhängige Sozialdemokratie zu reiten, die ihn beseitigen wolle und insbesondere gegen seine Kontrollinstanz, den mitangeklagten Arbeiterrat Binzeng! —

Die Revolution ist wirklich nicht umsonst gewesen, wie das Urteil beweist. Unter der kaiserlichen Regierung wurde Genosse Delsner wegen Majestätsbeleidigung freigesprochen. Heute fliegt er wegen angeblicher Landratsbeleidigung ins Loch! Das Interesse der bürgerlichen Republik erfordert es!

Von den rheinischen Landesverrätern

Aus fast allen Orten des französisch besetzten Gebietes wird laut Frankfurter Zeitung von einer fieberhaften Tätigkeit der Leute um Dorten gemeldet. So haben in den letzten

Tagen in Köln, Koblenz, Wiesbaden, Trier eine Reihe vertraulicher Besprechungen stattgefunden, von denen man nur erfahren konnte, daß Dorten selbst oder seine Vertrauensleute daran teilgenommen haben. Die bisher durch unrichtbare Gäden zusammengehaltene Organisation scheint nunmehr an die Öffentlichkeit treten zu wollen. Wie in anderen Orten hat sich auch in Koblenz ein Zweigverein der Rheinischen Volksvereingung, der neuesten Dortenschen Gründung, aufgetan. Dieses Zweigbureau arbeitet nach dem Muster der Parteisekretariate, so daß man nicht zu Unrecht annehmen kann, daß es zum Zweck der Reichstagswahlen geschaffen worden ist, um bei dieser Gelegenheit unter der Dofung für ein selbständiges Rheinland die Probe aufs Exempel zu machen. Wie schon früher, trifft diese Agitation zeitlich zusammen mit einer erhöhten Tätigkeit der französischen Besatzungsbehörden, wie die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in Wiesbaden beweisen.

Die Reaktionäre lassen Geld springen

Kürzlich war die ehemalige konservative Fraktion des Preussischen Herrenhauses beisammen, um über die Beeinflussung der Presse im monarchistischen Sinne zu beraten. Den „Eisernen Blättern“ des früheren demokratischen Pfarrers Traub wurden 50 000 Mark überwiesen. — Weitere Gelbbeträge erhielt der rechte Flügel der deutschnationalen Partei. — Wenn es gilt, ihre reaktionären Ziele zu fördern, greifen die konservativen Herrschaften auch in die Tasche. Sie sagen sich dabei, daß das schließlich die beste Kapitalanlage ist. Wenn das Volk indessen auf dem Posten ist, wird sich diese Spekulation dennoch als verfehlt erweisen.

In und um Elbing

Kommunistische Arbeiterzerpitterer

Am 22. Oktober erschien die erste Nummer unserer Volksstimme. In ihr war in durchaus sachlicher und vorurteilsloser Weise die Stellung unserer Partei zu den Kommunisten dargestellt worden. Sechs oder sieben Wochen später, genau ist das nicht festzustellen, weil die Zeitung ohne Datum erscheint, läßt die Rote Fahne des Ostens uns an. Unter der Ueberschrift Ein neues Organ der Antivolschwistenliga beginnt sie wie folgt:

Die uns vorliegende erste Nummer der Elbinger Volksstimme erscheint ihre Aufgabe darin zu erblicken, die Bewirung unter der Arbeiterschaft noch zu vergrößern. Schon die erste Nummer fing mit einem Hegartikel gegen die Kommunisten an, man kann ruhig sagen, schlimmer und gemeiner konnte sich eine kapitalistisch-bürgerliche Zeitung auch nicht betätigen. Nachdem im Beleitwort den Rechtssozialisten einige gelinde Rippenstöße versetzt werden, fällt man dann mit einem wahren Indianergeheul über die Kommunisten her.

Nun reißt diese „Rote Fahne“ einige Sätze aus dem Zusammenhang. Würde sie unsere Ausführungen über die Kommunisten so wiedergeben, wie sie gemacht sind, so würden natürlich bei dem urteilsfähigen Teile der Leser Bedenken über die Richtigkeit der kommunistischen Lehren hervorgerufen werden. Sozialvertrauen setzt das Kommunistenblatt nicht in die Güte seiner Sache. Und darum folgt jeder einzelnen Zeile, die unserem Artikel entnommen wurde, ein Schwall von Worten, der über die Schwäche der Kommunistenposition hinwegtäuschen soll. Nachdem das so eine Weile gegangen ist, erklimmt die Kommunistenzeitung den Gipfel:

Man singt also bereits das alte Lied der Kapitalisten, welches diese bereits vor 80 Jahren angestimmt haben nach, wahrlich, die bürgerlichen Blätter in Elbing werden sich freuen, daß die kapitalistische Hefepresse um ein Organ vermehrt worden ist. Ob die Elbinger Arbeiter nun auch die Volksstimme zu schätzen wissen? Es ist tatsächlich eine Gemeinheit mit solch verheßten Redensarten gegen die Vorkämpfer der Arbeiterschaft, die Kommunisten loszuziehen, die Rechtssozialisten in Elbing werden sicher sehr verwundert

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Landl

49

Bestehen blieb die Tatsache, daß die Denunziation von einer sehr anrüchigen Seite kam und den gemeinsten Motiven entsprungen war.

Das hinderte jedoch nicht, daß ihr trotzdem Tatsächliches zugrunde lag, so daß nach dem Gesetze ein Einschreiten geboten war.

Herta hatte zugegeben, diesem Klavierspieler Geldzuwendungen gemacht zu haben.

Ein Faktor der Zuhälterei — und ein sehr schwerwiegender obendrein, war also eingeräumt und zugegeben.

Dahingegen bestritt Herta im Tone sittlicher Entrüstung, daß sie zu diesem Burtschen in Beziehungen stände.

Madame Grabert dachte anscheinend hierüber ein wenig anders, und eine Anfrage bei ihr über diesen Punkt würde voraussichtlich wohl nette Dinge ans Licht bringen.

Jordan war sich darüber klar, daß Herta in diesem Punkte log. Sie duzte den Menschen, ließ sich stundenlang von ihm vorspielen, trank und vergnügte sich mit ihm.

Jordan selbst hatte die beiden an jenem Vormittage bezeugt beisammen gefunden. Der Kerl war jung, hatte die Eleganz der Boheme, war musikalisch begabt und verstand sich mit dem Künstlerimbus zu umgeben. Komponist war er. Herta glaubte an seine Zukunft.

Wer war so kindisch, anzunehmen, daß zwischen den beiden jungen, schönen, genießerischen Menschen, die Gefallen aneinander hatten, keine erotischen Beziehungen bestanden? Nicht einmal Jordan, der doch gewiß nur allzu geneigt war, das Fräulein Herta Heder im Lichte der Verhimmelung zu sehen. Sie war aber eine Mondäne, hielt sich diesen musikalischen Freund und gab ihm Geld.

War das Zuhälterei — von dem jungen Manne getrieben oder nicht?

Es schien durchaus so.

Nun also. Wer demnach die Denunziation der Frau Grabert unterdrückte, oder zurückwies, der handelte gefegwidrig. Es war keine Frage, daß Jordan vor sich selbst und vor Gott eine schwere Pflichtverletzung beging, wenn er so handelte.

Aber blieb ihm denn überhaupt ein anderer Weg offen? Konnte er die Verfolgung der Sache zugeben und es darauf ankommen lassen, daß Herta und er selbst etwa als Beugen in sie verstrickt wurden?

Das ging auf keinen Fall. Darin hatte Herta recht. Diesen Weg durfte die Sache nicht nehmen. Unter keinen Umständen.

Hier mußte sofort etwas geschehen.

Vor vier Tagen, hatte Herta gesagt, war die Anzeige ergangen. Da war doch anzunehmen, daß sie noch kaum über die ersten Stadien der Behandlung hinaus gediehen und bei der Hochflut der einlaufenden Anzeigen noch im Bereiche der Registratur zu fassen war. Dort wird er das Aktenstück einfach an sich nehmen und im Journal der Einläufe die Nummer als erledigt streichen.

Wenn er heute zeitig zum Dienste ging, so früh, daß er ins Bureau kam, ehe die Beamten dort waren, so konnte das alles glatt und gefahrlos gemacht werden.

Freilich, in ihm, in Jordan, brach dabei etwas entzwei. Er schied sich mit dieser Tat von der rechtlichen Beamtenerschaft.

Er lud eine Schuld auf sich.

Einen bösen Flecken machte er auf sein bis dahin tadellos sauberes Amtskleid. Den Stolz seines Lebens, seine einwandfreie, nur der harten, unbeugsamen Pflicht gewidmete jahrzehntelange Arbeit, bog und brach er mit dieser Tat und trat seine Ehre in den Staub.

Angenommen einmal, die Sache ging schlecht. Jemandem widriger Umstand brachte sie ans Licht. Ein Disziplinarverfahren wurde eröffnet, ein Strafprozeß gegen ihn. In diesem würde Herta Heder wieder Zeugin sein. Auf der Anklagebank aber säße dieses Mal — er selber — er — der Staatsanwalt.

Wäre dieser Rollenwechsel nicht der höchste Triumph, die süßeste Racheerfüllung, die der Zeugin Herta Heder gegen ihren gehätseltesten Feind beschieden werden könnte?

In der Tat — das müßte ihr ein Fest werden.

Dann hätte sie in Durchführung eines Meisterplanes etwas erreicht, was sich sehen lassen konnte. Das wäre dann ihr Widerschlag für die Streiche, die sie so hageldick von ihm im Verfahren gegen ihre Mutter empfangen hatte, sie, die nichts schuldig blieb und die ihren Stolz darin fand, für alles, was ihr angetan wurde, volle Vergeltung zu üben.

Aber weshalb ließ er nicht davon ab, sie im tiefsten Grunde ihres Fühlens für seine haderfüllte Feindin zu halten? Damit tat er ihr wahrscheinlich unrecht.

Dieses Mißtrauen Jordans gegen Herta wurde einzig durch das Bewußtsein wachgehalten, daß er in jenem Strafprozeß sich an ihr verständig hatte. Aber das hatte sie nun jetzt wohl endlich vergeben.

Weshalb sollte sie ihn heute noch hassen?

Er bot ihr eine lange, genussreiche Reise, ein Luxusleben auf der Wanderschaft, so recht nach ihren Wünschen. Weshalb sollte sie den Mann, der ihr die nächste wie die fernere Zukunft so reich machen wollte, vorher noch rasch vernichten?

Hassen — nein — Haß hatte sie nicht mehr für ihn.

Nicht?

Wo waren denn nun aber die Beweise ihrer Zuneigung für ihn in all den Wochen?

Sie hielt es mit einem verklumpten Musflanten und nützte ihre Macht über Jordan, ihn von Torheit zu Torheit zu treiben.

In der Oper hatte er sich herausfordernd mit Herta gezeigt. Seine Frau hatte er, wengleich Herta, mit Worten, sich dagegen ausgesprochen, dennoch ihretwegen von sich gestofen. Es genügte aber Herta nicht, daß sie ihn aus Amt und Heimat jagte — nein — er mußte erst auch noch im Amte sich schuldig machen, ehe sie mit ihm die Reise ins Ausland unternahm.

War das Liebe — wie?

Oder war das nicht vielmehr Haß, Haß, der ruinieren, vernichten, planmäßig und berechnet verderben will?

Wer weiß auch, ob sie am Ende aller Dinge wirklich Jordan ins Ausland folgen würde? Die Beziehungen zu dem Musflanten waren vielleicht der Schlüssel zum Verständnis für vieles, was dieses Mädchen bisher schon getan.

Wer konnte sagen, ob dieser „Komponist“ es nicht war, der Herta von Budapest fort und nach Berlin zurückgelockt hatte?

Sehr, sehr möglich und bei näherer Betrachtung recht einleuchtend war dieser Sachverhalt.

Hatte er — der Staatsanwalt — dann am Ende das Letzte für Herta getan, die Pflichtverletzung im Amte, und käme dann, sie zur Flucht ins Ausland zu holen, wer weiß — wer weiß — sie lachte ihn dann vielleicht aus und blieb in Berlin — blieb bei ihrem Klavierspieler.

Jordan hallte die Fäuste. Ein Dämmern stieg in ihm auf, eine entsetzliche Angst. In die Hände eines Feindes war er gefallen.

In der Macht einer Person befand er sich, die seinen Untergang mit schadenfrohem Lächeln sehen würde, ja, wie er nun zu erkennen und zu durchschauen glaubte, mit einer raffinierten Tücke vorbereitet hatte und nun Zug um Zug herbeizuführen sich anschickte.

Jordan wird in diese Falle nicht gehen. Er wird die Anzeige der Frau Grabert nicht unterdrücken.

Nicht?!

Also als Zeuge vor Gericht erscheinen. In der Zuhältersache van Geldern tritt Staatsanwalt Jordan als einer der Intimen der Herta Heder auf.

(Fortsetzung folgt.)

die Augen reiben und verständnisvoll lächelnd dem Wink der U. S. P. folgen, da wird denn bald die Verbrüderung der Kaiserjagdkolonnen mit den Haken und Rautschikanern beschlossene Sache sein. Möglich ist es sogar, daß sich die Herren Bonzen bereits lange einig sind, denn es ist für uns sehr wunderbar, daß Herr „Oberbürgermeister“ Grunwald jetzt schon die Versammlungen seines Freundes Schulz besucht, während der Herr „Ober“ bei uns Kommunisten stets durch Abwesenheit glänzt. Den Elbinger Arbeitern möchten wir an dieser Stelle sagen, daß es für uns eine Freude bedeutet, wenn wir so von den unklaren Sozialisten angegriffen werden, denn dadurch beweist auch die U. S. P. Elbing, daß sie ihren Bruderblättern im Reich nicht an Gemeinheiten nachstehen will. Man merkt am ganzen Aufputz und der Schreibweise der Volksstimme — Käseblatt!!!

Wir sind voll davon überzeugt, daß die Elbinger Arbeiter von diesen rüden Böbeleien mit Ekel erfüllt werden. Es mußte aber dargelegt werden, was Geistes Kinder in den Reihen der Kommunisten ihr Wesen treiben. Ein Wort der Abwehr wird uns wohl niemand zumuten. Einige Erwägungen jedoch möchten wir den wenigen, die in Elbing mit dem Kommunismus liebäugeln, anheimsstellen. Die Arbeiterbewegung des Ostens ist bekanntlich weit mühevoller und schwerer entstanden, als die anderer Gegenden Deutschlands. Die im Vordergründ unserer Bewegung stehenden Genossen sind der Arbeiterschaft seit Jahren, zum Teil sogar bereits seit Jahrzehnten, als Sozialdemokraten und aufrechte Männer bekannt. Wer aber kennt die plötzlich aufgetauchten Führer der Kommunisten? Wer bürgt für sie? Heute heißt ein und derselbe Mensch Franken, morgen nennt er sich Christensen und eine Woche darauf Sturm. Er wird verhaftet, wird entlassen, wird wieder verhaftet und wieder entlassen, ohne daß man erfährt, wie und warum. Und die Zeitung, diese „Rote Fahne des Ostens“! Sie wimmelt von Fremdwörtern, die dem Durchschnittsarbeiter völlig unverständlich sind. Der häufige Gebrauch von Fremdwörtern ist ein Zeichen von Halbbildung. Wer wirklich etwas zu sagen hat, braucht seine Gedanken nicht hinter fremden Ausdrücken verstecken. Das tut nur der, der mit tauben Mühen handelt. In den verschiedenen Berliner Prozessen ist gerichtlich nachgewiesen, wie oft in den kommunistischen Zirkeln Spitzel eine Rolle spielten. Im eigenen Interesse jedes Arbeiters liegt es, sich vor unbekanntem Maulhelden zu hüten. Mit Begeisterung kann keine Besonnenheit ersetzt werden. Mancher ehrliche Revolutionär ist ein Opfer übergroßer Vertrauensseligkeit geworden. Arbeiter, traut niemanden, ehe ihr nicht ein Scheffel Salz mit ihm gegessen habt. Auch wenn er „Kommunist“ ist, aus einer fremden Großstadt kommt und den Mund recht voll nimmt.

Es wird so schlimm nicht werden

Herr Carlson, der Besitzer der Schichaufabriken, hat seinen Wohnsitz dauernd nach Danzig verlegt. Damit sind die Elbinger Fabriken, die bisher Hauptwerk waren, zu der Filiale eines Ausländers geworden. Ueberängstliche Gemüter sehen schon die Zeit, wo Carlson seine Elbinger Fabriken schließt und Elbing wieder von der Rolle seiner industriellen Stellung herabsinkt. Diese Furcht ist unbegründet. In den Elbinger Schichaufabriken ist ein Kapital von vielen Millionen angelegt, das sich nicht beliebig nach einem anderen Ort verpflanzen läßt. Hellinge und Gabelschornsteine kann man nicht auf Güterwagen packen und fortfahren. Das in den Fabriken angelegte Kapital soll sich verzinsen. Würde Carlson die Fabriken schließen, so würde er einen ungeheuren Schaden erleiden. Nach den riesigen Verlusten, die die Firma in Rußland erlitten hat, wird er sich ein so ganz und garnicht der kapitalistischen Natur entsprechendes Handeln mehr als einmal überlegen. Letzten Endes ist auch noch der Staat da. So unternehmerfreundlich die Ebertrepublik ist, so würden ihre Interessen von der Schließung der Elbinger Schichauwerke zu empfindlich geschädigt, als daß sie dem tatenlos zusehen könnte. Sie müßte in diesem Falle mit der Enteignung antworten. Im heutigen Produktionsprozeß spielt die Person des Fabrikbesitzers keine Rolle mehr. Jedes Großunternehmen ist weit abhängiger von seinen Beamten und Arbeitern als von dem „Eigentümer“. Carlsons Fortzug braucht niemand beunruhigen.

Bremer Anarchisten kommen nach Elbing

In Königsberg versuchen eine Anzahl Personen, die sich von den dortigen Kommunisten getrennt haben, eine neue „Revolutionäre Arbeiterpartei“ zu gründen. Elbing soll jetzt durch Bremer Anarchisten beglückt werden, die mit ihren neuen Schlagwörtern „Syndikalismus und Arbeiterunion“ das Elbinger Proletariat gewinnen wollen. Kurz gesagt ist ihre Lehre die, daß die heutigen Gewerkschaften sich überlebt hätten. An ihre Stelle soll die Organisation jedes einzelnen Betriebes treten. Der Gedanke ist so bodenlos dumm, daß eigentlich darauf niemand mehr hereinsinken sollte. Die Kapitalisten haben längst ihre Vereine, die ihre Interessen nicht nur für eine Stadt oder eine Provinz, sondern für das ganze Reich vertreten. Sie gehen mit schwarzen Listen und Aussperrungen gemeinsam vor. Und der Arbeiter soll sich absondern und getrennt von den Kollegen anderer Betriebe sein? So kindisch war man noch nicht einmal im Mittelalter. Da hielten die Bruderschaften der Gesellen im ganzen Reich wie in den einzelnen Städten zusammen. Sie stellten sich Schulter an Schulter und führten ihre Kämpfe. Wer dem Arbeiter mit solchen Torheiten, wie dem Austritt aus den Gewerkschaften kommt, besorgt bewußt oder unbewußt die Geschäfte der Kapitalisten. Die Kriegspolitik der General-Kommission zu verteidigen, hat kein Arbeiter Anlaß. Aber darum schlägt man nicht die Organisationen in Trümmer. Man wandelt sie in revolutionäre Einrichtungen um. Das ist die richtige Lösung. Und nicht die Auflösung der Arbeiterbewegung in Atome, wie sie jetzt von allen möglichen Faselhänsen gepredigt wird.

Und wieder Erhöhung der Preise!

Der Reichsrat hielt am Dienstag eine öffentliche Sitzung ab. Es wurde Bericht erstattet über den Entwurf einer Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln. Danach betrug die Ablieferung von Brotgetreide im vergangenen Jahre 2 030 000 Tonnen, im laufenden Jahre erst 1 100 000 Tonnen. Die Ursachen für den Rückgang sind sowohl in der späten Ernte, wie auch in der Ueberlastung der Verkehrsmittel zu sehen. Es gibt nach Ansicht der Regierung nur ein Mittel, die Zwangswirtschaft aufrechtzuerhalten, nämlich eine angemessene Erhöhung der Preise. Die Kosten für die Ablieferungsprämie belaufen sich schätzungsweise auf eine Milliarde, die durch Erhöhung des Mehlpreises eingebracht werden soll. Der Mehlpreis wird daher um 46,50 Mark für den Doppelzentner erhöht werden,

so daß der Preis für ein Brot im Gewicht von 2350 Gramm auf 2,45 Mark steigen wird. Dadurch würde die große Masse der Bevölkerung sehr schwer belastet werden. Die Deckung der Kosten für die Ablieferungsprämien für Kartoffeln soll ebenfalls der Verbraucher tragen, und zwar soll der Preis für den Zentner um 2,50 Mark erhöht werden. Reichen diese Erhöhungen nicht aus, so wird das Reich für Fehlbeträge aufkommen. Der Reichsrat stimmte den Beschlüssen des Ausschusses mit Mehrheit zu.

E. Bernich gestorben

Der ehemalige Besitzer der Elbinger Zeitung, Herr E. Bernich, ist in München, wo er seit vielen Jahren seinen Wohnsitz hatte, im Alter von 78 Jahren gestorben.

Elbinger Stadttheater

Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: „Am Freitag abend kommt an Stelle der Fledermaus die mit großem Beifall aufgenommene Operette „Die Faschingsfee“ zur Aufführung. Die Rolle des Malers Ronai spielt der hier sehr beliebte Herr Röber vom Luisentheater Königsberg als Gast.“

Das Einkilopaket

Für das Einkilopaket, dessen Einführung unter der Bezeichnung Päckchen im inneren deutschen Verkehr zum 1. Januar in Aussicht genommen ist, sind folgende Abmessungen als Höchstmaß vorgegeben: 25 Zentimeter Länge, 15 Zentimeter Breite und 10 Zentimeter Höhe, für Päckchen in Rollenform 30 Zentimeter Länge und 15 Zentimeter Höhe (Durchmesser). Ueberschreitungen der Abmessungen nach einer Richtung werden soweit zugelassen, als in einer anderen Richtung das Höchstmaß nicht erreicht und das Höchstmaß des Rauminhalts nicht überschritten wird.

Der Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen

Im Interesse der Kriegsbeschädigten und unserer Kriegsgefangenen hat es sich als notwendig erwiesen, die Geltungsbauer der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen vom 14. Dezember 1918, die ursprünglich nur für die Zeit bis zum 1. Juli 1919 festgesetzt war und durch die Verordnung vom 17. Juni 1919 schon einmal bis zum 1. Januar 1920 verlängert worden ist, nochmals um ein halbes Jahres, also bis zum 1. Juli 1920 zu verlängern. Es ist dies geschehen durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes mit Zustimmung des Ausschusses der Nationalversammlung von der Reichsregierung erlassenen Verordnung vom 12. Dezember. Es ist zu hoffen, daß die neue Frist ausreichend und ihre weitere Verlängerung nicht in Frage kommen wird, zumal da die Absicht besteht, die Abwicklung der Schuldverbindlichkeiten der Kriegsteilnehmer inzwischen auf neuer Grundlage zu regeln.

Elbinger Polizeinachrichten

Der Einbruch in die Filiale der Molkerei Schröter in der Junkerstraße ist aufgeklärt. Als Täter kommen die Burschen Artur W. und Bruno B. in Frage. Von den gestohlenen Käsen waren bereits 6 Stück verkauft. Als Fehlerin konnte die Ladeninhaberin Katharina Conrad, Inn. Mühlenstamm, ermittelt werden, die auch bei einer ganzen Anzahl anderer Einbrüche Mithilfe geleistet haben soll.

Verhaftet wurden ferner H. Lange, E. Lange, ein gewisser Gleibs und Magdan, die an zahlreichen Einbrüchen beteiligt waren. Die gestohlenen Waren sind zum größten Teil bei der oben angeführten Conrad abgesetzt worden.

Dem Besitzer Speiser aus Sch. v. z. wurden 22½ Pfund Fleisch beschlagnahmt, das hier zu 6 Mark pro Pfund verkauft wurde.

Ostdeutsche Nachrichten

Ostpreußens Braunkohle und Torf

Ostpreußen ist nicht reich an mineralischen Bodenschätzen. Braunkohlenlager gibt es zwar an verschiedenen Orten Ostpreußens, deren mächtigstes nach Fehling wohl die Braunkohlenslöße bei Heilsberg aus dem oberen Tertiär darstellen, von denen eins fast 8 Meter stark ist. Der Brennwert der meisten ostpreußischen Braunkohlen ist aber leider verhältnismäßig gering, auch ist das Deckgebirge vielfach recht ungünstig gelagert, so daß ein Abbau bisher nirgends als lohnend erkannt wurde. Mehr Beachtung verdienen dagegen die ostpreußischen Torfmoore, deren Fläche auf rund 30 000 Hektar geschätzt wird. Die wichtigsten davon sind die Moore im Memeldelta an der Ostküste des Kurischen Hafens. Sie erheben sich beträchtlich über die benachbarten Flüsse und tragen auf ihren Scheitelflächen ziemlich tiefe Teiche, sogenannte Blänken. Nach Hef von Wichdorf kommt weiter landeinwärts schwarzer Flachmoortorf in Masuren in vielen Niederungen vor, wo einst Seen lagen, die heute verlandet sind. Der Torf erreicht hier stellenweise eine Mächtigkeit von 6—10 Meter. Nach Angaben von Mez ist dieser Torf ausgezeichnet geeignet zum Gewinn von Kraftgas sowie von schwefelsaurem Ammoniak und Leer als Nebenprodukten. Aber die Lager sind eben meist Niederungsmoore, weshalb sich die Trocknung des Torfes schwierig gestaltet. Raseneisenstein kommt nach Döhenbrühn an verschiedenen Orten in den Kreisen Ortelsburg und Johannisburg und in Masuren vor. Hier finden sich große Raseneisenlager am Rande der Sumpfniederungen, die sich am Südbahngang des baltischen Höhenrückens entlang ausdehnen. Das Erz dieser Lager wurde schon seit dem Mittelalter von der einheimischen Bevölkerung in primitiven Schmelzöfen, kleinen Eisenhütten und Eisenhammern verhüttet und weiter verarbeitet. Die letzten dieser alten industriellen Anlagen sind 1878 eingegangen. Auch Phosphorit wurde in Ostpreußen an mehreren Orten festgestellt, doch ist darüber nichts Näheres bekannt. Eine große Bedeutung unter den Mineralien kommt in Ostpreußen noch dem Bernstein zu, der an der Ostküste reichlicher gefunden wird, als sonst irgendwo. Hauptsächlich in Samland wird er gewonnen, wo er an der Küste vom Meere ausgeworfen wird und in der „blauen Erde“, einer glaukonitischen Sandschicht, vorkommt.

Der Danziger Vollzugsausschuß

Unser Danziger Mitarbeiter schreibt: Der Danziger Vollzugsausschuß scheint eines vorzeitigen Todes sterben zu wollen. Er gibt sich anscheinend schwächlich selber auf, obwohl dazu gar keine Veranlassung vorliegt. Der Vollzugsausschuß gilt für die Arbeiterräte der ganzen Provinz Westpreußen. Wenn der polnische werdende Teil der Provinz vom Reiche abgetrennt wird, dann hört die Wirksamkeit des Vollzugsausschusses auch für diesen Teil auf. Er bleibt aber bestehen für den übrigen

Teil. Der Vollzugsausschuß hat die Aufgabe, darauf zu achten, daß die Behörden im Sinne der Revolution, oder doch der Reichsregierung handeln. So lange die Wahlen in den Gemeinden, den Kreisen und für die Provinziallandtage nicht durchgeführt sind, müssen auch die Arbeiterräte und ihre Spitze, der Vollzugsausschuß, bestehen bleiben. In Westpreußen sind diese Wahlen noch nicht durchgeführt; jetzt erst in einigen Gemeinden. Die Verechtigung der Wirksamkeit des Vollzugsausschusses besteht also weiter. Er hat aber schon einige Zeit keine Sitzungen mehr abgehalten und man gewinnt den Eindruck, daß ihm die innere Kraft fehlt und er sich selber nicht mehr ernst nimmt.

Gewiß, die Regierung hat die Gelder zur Durchführung der Neuwahlen der Arbeiterräte nicht hergegeben und sie will mit dem 1. Januar die Zahlungen für die Arbeiterräte einstellen. Aber der Vollzugsausschuß brauchte sich nicht so einflußlos zu machen, wie er es bei der Regierung in Berlin ist. Er sollte und könnte dafür sorgen, daß er in Berlin denselben Einfluß hätte, wie der rückständige Oberpräsident. Es fehlt an Verwaltungsgeschick und Tatkraft. Für Westpreußen müßte die Regierung eine Ausnahme machen. Die Regierung hat ja für unsere Provinz ohne hinreichenden Grund leider die Ausnahme gemacht und uns nicht rechtzeitig in den Gemeinden wählen lassen, also sollte sie jetzt auch folgerichtig die Wirksamkeit der Arbeiterräte verlängern.

Ausführverbot für kaltblütige Pferde

Die bevorstehenden Viehablieferungen an Frankreich und Belgien aus Anlaß des Friedensvertrags stellen besonders große Anforderungen an das in Deutschland vorhandene Zuchtmaterial an kaltblütigen Pferden. Der Reichswirtschaftsminister ist deshalb an die Landesregierung mit dem Ersuchen herangetreten, der Durchführung der an Frankreich und Belgien zu tätigen Pferdeablieferung keine Ausfuhr kaltblütiger Pferde mehr zuzulassen und eine schärfere Ueberwachung der Grenze zur Verhinderung der verbotswidrigen Ausfuhr von kaltblütigen Pferden herbeizuführen.

Von nah und fern

43 Arbeiter von Granaten zerrissen

Eine schwere Munitionskatastrophe ereignete sich, wie die Oldenburger Landesztg. meldet, in dem Munitionsdepot in Marienziel, bei Wilhelmshaven. Dort werden gegenwärtig Granaten entladen. Durch Unvorsichtigkeit bei der Behandlung der Bündel entstand eine Explosion, die auf die umfangreichen Lager von 15-Zentimeter-Granaten übergriff. Sämtliche Holzbaracken, die mit Munition gefüllt waren, flogen in die Luft. Der Bahnhof Marienziel ist schwer beschädigt, ebenso die Eisenbahnbrücke und eine Anzahl Häuser. Der Explosion sind nach den bisherigen Feststellungen 43 Arbeiter und Arbeiterinnen zum Opfer gefallen. Die Zahl der mehr oder weniger Schwerverletzten beträgt über 100. Der Telephonverkehr mit Wilhelmshaven ist bis zur Stunde unterbrochen, der Zugverkehr muß durch Umsteigen aufrecht erhalten werden.

Ein Blutbad in Indien

Telegraaf meldet aus London, daß die Veröffentlichung des amtlichen Berichts über die Unruhen in Amoitfar (Indien), wobei General Dyer auf eine Menge von 5000 unbewaffneter Eingeborener Schnellfeuer eröffnete ließ, mit dem Erfolg, daß 450 Personen getötet und dreimal so viel verwundet wurden, großes Aufsehen erregt hat. Westminster Gazette fragt, was man gesagt hätte, wenn ein deutscher Offizier so aufgetreten wäre. Tim es schreibt, man verstehe nicht, daß diese Tatsache 9 Monate lang geheim gehalten wurde.

Soziales

Warum sind Kriege notwendig?

Diese Frage stellt sich die Arbeiterzeitung von St. Louis in den Vereinigten Staaten und beantwortet sie durch folgende Statistik: Im Jahre 1855 gab es in den Vereinigten Staaten 28 Millionen Aere. Dann kam der Bürgerkrieg von 1861/64, der das amerikanische Volk eine Million Menschenleben kostete. Das war der Einsatz, um den sich die Zahl der Millionen auf etwa 560, also auf das Zwanzigfache erhöhte. Im Jahre 1914 zählte man in Amerika etwa 5000 Millionen, jetzt am Ende des Krieges, der die Welt etwa 10 Millionen Menschenleben gekostet hat, ist ihre Höhe auf 25 000 angewachsen.

Welch besseren Beweis kann es für den engen Zusammenhang zwischen Krieg und Kapitalismus geben?

Briefkasten der Redaktion

E. Elbing. Einen Bericht über eine Veranstaltung vom 7. Dezember, der uns am 15. Dezember zugeht, können wir nicht mehr bringen, weil er veraltet ist.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spierstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,

frei Haus — von der Abholstelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Bohnort:

Straße:

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnicki, beide in Elbing.
Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Wir bitten unsere werte Kundschaft, zum bevorstehenden Weihnachtsfeste ihren Bedarf an

Zigarren, Zigaretten und Rauchtobaken

in den unten aufgeführten organisierten

Spezial-Geschäften

gefl. decken zu wollen. Diese Geschäfte bieten Gewähr für reelle und preiswerte Ware.

Elbinger Zigarrenhändler-Verein.

Fritz Bauer, Auß. Mühlend., Ecke Johannisstr.
Karl Becker, Georgendamm 6
W. Breitsfeldt, Inn. Mühlend. 18/19 u. Herrenstr. 44
Buhmester, Inn. Mühlendamm 4b
Herm. Ellmer, Stadthofstrasse 6
Frl. Felser, Johannisstrasse 1
Joh. Gustävel, Alter Markt 18
Frau A. Hecht, Johannisstrasse 20b
Aug. Heß, Heil. Geiststrasse 33/34

Gust. Heß, Wilhelmstrasse 2
Ernst Hildebrandt, Bahnhofstrasse 6a
F. Kleefeldt, Inn. Mühlendamm 36
C. F. Krause, Friedrichstrasse 1
B. Kuhn, Heil. Geiststrasse 27
Richard Siebert, Alter Markt 23
Alb. Lange, Hauptstr. 1, Bahnhofstr. u. Alter Markt
Alb. Liebscher, Wilhelmstrasse 43
Frau Maciejewski, Schmiedestrasse 1

Murawski & Co., Leichnamstrasse 23
Herm. Penner, Alter Markt 20
Max Reichelt, Burgstrasse 4
Frl. Rosenbaum, Herrenstrasse 20
Aug. Schwark, vorm. Franz Fahlke Nachfg.,
Inn. Marienburgerdamm 2a
Franz Wermter, Königsbergerstrasse 98
Otto Wein, Auß. Mühlendamm 1
Frau H. Wild, Herrenstrasse 26
Zillgitt, Schmiedestrasse 14

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltung Elbing.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Schweizer

Emil Borchert

im Alter von 49 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. d. Mts., vom Trauerhause Ritterstrasse 24 aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht (Sterbefall 5.) die Ortsverwaltung.

U. S. P. Elbing.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, Schweizer

Emil Borchert

im 50. Lebensjahre verschieden ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Parteileitung.

Fleischer:

Ausgabe von amerikanischem Schweinefleisch am Freitag, den 19. d. Mts., morgens von 8 Uhr ab, auf dem Schlachthof.

Elbing, den 19. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

Fleischausgabe

für die Woche vom 14. bis 20. Dezember 1919 auf den betreffenden Wochenabschnitt der Reichsfleischkarte: 175 g amerikanisches Schweinefleisch,

Preis 1,54 Mk., 1 Pfund = 4,40 Mk.

Frisches Fleisch kommt diese Woche nicht zur Ausgabe, es wird vielmehr die für diese und die für nächste Woche bestimmte Menge in den Tagen vor Weihnachten auf einmal ausgegeben.

Elbing, den 18. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

C.T. Brückstrasse 15 C.T.

Von Freitag, den 19. bis Montag, den 22. Dezember: Ein Niefenlager-Programm!

Ruhm und Frauengunst.

Filmschauspiel in 4 Akten mit Erich Kaiser-Titz.

Die Japanerin.

Max Landas fünftes Abenteuer

aus dem Leben des berühmten Detektivs in 5 Akten.

Ferner Einlage: Nur Wochentags!

Das große Erlebnis, Dramatisches Lebensbild in 5 Akten.

Um das Programm vollständig zu sehen, bitte schon frühzeitig zu kommen.

Kasseneröffnung 6 1/4 Uhr. Anfang 6 3/4 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.

Sonntags von 3 Uhr ab.

Empfehle mein

Rasier-, Stifier- und Haarschneidegeschäft zur gefälligen Beachtung.

Erich Dautert, gegenüber dem Landratsamt.

Gleichzeitig empfehle ich mich zur Anfertigung von Haararbeiten etc.

Für den Weihnachtstisch

empfehle mein reich sortiertes Lager in

Mosel-, Rhein- und Rotweinen

von Mk. 8.50 an per Flasche

— exkl. Glas und Weinsteuern —

sowie andere

Süß- u. Dessertweine Rum- und Kognak-Verschnitt Kognak-Weinbrand diverse Liköre

zu mäßigen Preisen

Joseph Kahlweiß

Telephon 258. Schiffsholm 2/3.

Kollegen!

Alles kauft seine

Rauchwaren

Alter Markt 2.

☛ Rauchtobak frisch eingetroffen! ☛

Größter Basar in Elbing

J. Grabowsky

nur Fischerstraße 27 nur

Empfehle zu billigen Preisen:

Tafelaufsätze — Likörservice
Fruchtschalen — Keksdosen
Große und kleine Bilder
Figuren — Nippes
Wandteller — Kuchenteller
Nähkästen — Rasierkästen
Portemonnaies — Brieftaschen
Kopfbürsten — Kleiderbürsten
Frisierkämmen — Seitenkämmen
Haarpfeile — Spangen
Halsketten — Broschen
Rocknadeln — Ohrringe
Damentaschen — Marktaschen
Büchermappen — Tornister
Künstl. Blumen — Sträuße
Baumschmuck — Baumlichte
Wunderkerzen — Seife

Spielwaren in sehr großer Auswahl

J. Grabowsky

Fischerstraße 27.

Weihnachtsanzeigen

finden in der Elbinger Volksstimme weiteste Beachtung u. Verbreitung

Achtung !!

Die Herren- u. Damenschneiderei

Wasserstraße 6

ist noch imstande, Aufträge vor dem Feste entgegenzunehmen.

Um gütigen Zuspruch bittet

Lange, Wasserstraße 6.

Für den Weihnachtstisch

empfehlen wir unser großes Lager in besonders preiswerten

Zigarren und Zigaretten

Zigarren in verschied. Preislagen

Zigaretten mit Mundst. von 12 Pf.

Zigaretten ohne " 20 Pf.

Zigaretten mit Goldmündst. " 25 Pf.

Baering & Guttke

Fischerstraße 12.

Rudolf Ullrich, Elbing

Ferruf 485

Bierbrauerei, Limonadenfabrik

empfiehlt

Süßbier, Selters, Limonaden

Englisch-Brunnen-Biere

hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.

Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette verbürgt beste Qualität u. sauberste Füllung.

Briefpapier, lose und in

Schreibzeuge in Glas, Metall und Holz

kompl. Schreibgarnituren

Löcher in Holz und Glas

Füllfederhalter, Aktentaschen

Brief- und Geldscheintaschen

Portemonnaies für Damen und Herren

Schreibmappen, Schreibunterlagen

Photographie-, Postkarten- u. Poesie-Alben

Petschäfte, Siegelack, Tornister

Schulmappen, Tafeln, Federkasten

Bilderbücher, Märchenbücher

Unterhaltungsspiele — Typen-Druckereien

Abreib- und Umlegekalender

Christbaumschmuck in gestanzter Pappe

G.W. Petersen, Elbing

Alter Markt 33

Ferruf 846

Stadttheater Elbing

Donnerstag, den 18. Dezbr.,
abends 7 Uhr:

Der geflügelte Ritter.

Gr. Weihnachtsmärchen

mit Tanz in 5 Bildern für die

Bühne bearbeitet

von Siegmund Haak.

Freitag, den 19. Dezember,

abends 7 Uhr:

Gastspiel des Herrn John

Röver vom Lusttheater

Königsberg

Die Faschingsfee.

Operette in 3 Akten

von E. Kálmán.

Malers Rouai — John Röver.

Frauen-Gesangverein

„Niederfreund“.

Montag: Keine Übungs-

stunde, dafür Freitag, den

19. d. Mts., 6 Uhr.

Der Vorstand.

Altes Gold Silber, Edelsteine

usw. usw.

kauft

Jutwelier F. Witzki.

Neue Winterkleider Blusen

von 150—200 Mk.,

von 40—60 Mk. und

Mantelstoffe

zu verkaufen

Holländerstr. 24, unt.

Plättwäsche

an zum Plätten.

Jede Arbeit wird schnell

und sauber ausgeführt.

Ich bitte die Partei-

genossen, mich gütigst zu

unterstützen.

E. Buhrke,

Logenstr. 11a, III, rechts.

Neberzieher

billig zu verkaufen

1. Niederstr. 12, part.

1 grosser Spiegel

zu verkaufen

Rl. Wunderborg 15, I, links.

2 Gasföten,

Messing u. Kupfer, u. 3 Gas-

lampen (Hängelicht) zu verk.

Herrenstr. 44, I, Eing. Unterstr.

Elbinger Standesamt

vom 18. Dezember.

Sterbefälle: Dienst-

mädchen Marie Hinzmann,

23 J.